Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 137. Donnerstag den 17. Mai 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung

für die am 19. und 20. Mai dieses Jahres stattfindenden **Rennen** zu Leipzig betreffend.

Aus Anlaß der am 19. und 20. dieses Monats auf dem Rennplatze hier stattfindenden Rennen wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie zur Sicherung des Verkehrs hiermit Folgendes bestimmt.

1) Von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags bleibt der Scheibenweg vom Schleußiger Wege bis zum Johannapark und der Schleußiger Weg von der Brandbrücke bis zum Kirschwehr **für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr**, sowie der Scheibenweg vom Schleußiger Weg ab bis zum Scheibengehölz auch für den **Fußverkehr gesperrt.**

2) Wagen, welche zur Rennbahn gelangen wollen, haben den **Hinweg** über den Floßplatz, durch die Dufourstraße und über den Schleußiger Weg, den **Rückweg** aber durch das Scheibengehölz und den Johannapark zu nehmen.

3) Wagen, welche nur bis zur Kreuzung des Scheiben- und Schleußiger Weges fahren, haben den Rückweg durch die Mahlmann- und Körnerstraße zu nehmen.

4) Alle in der Richtung nach der Rennbahn verkehrenden Wagen müssen vom Floßplatze ab in **einer Reihenfolge** fahren und dieselbe streng einhalten.

5) Der gesammte Fahrverkehr hat sich auf den von ihm benutzten Straßen und Wegen stets **rechts** zu halten.

6) **Auf dem Schleußiger Wege dürfen Wagen nicht halten.**

7) Die **Droschkenführer** müssen das Fahrgeld von den Fahrgästen **vor** dem Einsteigen erheben, und zwar beträgt das Fahrgeld aus der Stadt nach dem Rennplatze für

eine Person . . .	1 ℳ — ₰.
zwei Personen . . .	1 ℳ 25 ₰.
drei Personen . . .	1 ℳ 50 ₰.
vier Personen . . .	1 ℳ 75 ₰.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen, für deren strenge Beobachtung die Schutzmannschaft Sorge tragen wird, werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

Leipzig, am 15. Mai 1883.

Der Rath und das Polizeiamt daselbst.
Dr. Georgi. Bretschneider.
Dr. Wienholdt.

Internationale Special-Ausstellung der graphischen Künste in Wien im Jahre 1883.

„Bei der Königlich Sächsischen Regierung ist die Bildung einer Collectiv-Ausstellungs-Commission (Aufnahme-Jury) für die dieses jährige internationale Special-Ausstellung der graphischen Künste zu Wien seitens des Präsidenten der Ausstellung im diplomatischen Wege angeregt worden. Zusammensetzung und Functionen einer solchen Aufnahme-Jury ergeben sich aus Art. 19 des Statuts.

Ob eine solche Aufnahme-Jury für das Königreich Sachsen möglich sein wird, hängt vor allem davon ab, in welchem Umfange von Interessenten aus Sachsen eine Betheiligung an der gedachten Ausstellung zu erwarten steht und ob Letztere zu Bildung der Jury geneigt sind."

Gemäß dieser Verordnung Hohen Königlichen Ministeriums des Innern vom 7. dieses Monats ergeht hierdurch an die Herren **Künstler, graphischen Institutsbesitzer,** sowie an die Herren **Kunstverleger der Stadt Leipzig und des Leipziger Kreises** hierdurch das ergebene Ersuchen eine Erklärung: **„ob und inwieweit Ihrerseits beabsichtigt wird, sich an vorgenannter Ausstellung zu betheiligen"** der unterzeichneten Direction thunlichst bald zugehen zu lassen.

Daselbst — in der Expedition — sind auch die Ausstellungsstatuten, soweit der Vorrath reicht, entgegenzunehmen resp. einzusehen.

Leipzig, den 13. Mai 1883.

Die Direction der Königl. Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule.
J. A.: Prof. A. Scheffers.

Eutritzsch.

Wegen Ausbau der **Schönefelder Straße** bleibt dieselbe **vom 21. Mai d. J.** bis auf Weiteres für allen Fahrverkehr **gesperrt.**

Eutritzsch, am 10. Mai 1883.

Der Gemeinderath.
Thomas, Gemeinderath.

Versteigerungsausgebot.

Im Concurse zu dem Vermögen des Hoteliers Christian Friedrich Keil zu Bad Berka a/Ilm sollen auf Antrag und bezüglich unter Einwilligung der Mitbesitzerin, der Ehefrau des Gemeinschuldners Anna Elisabeth geber. Fackner, folgende daselbst belegene, ein zusammenhängendes Ganze ausmachende, **drei** neue, das „Hotel zum Deutschen Kaiser" bildende Hofraithen, in denen bisher eine **Gastwirthschaft,** seinerzeit Stiftsamtsgebäude, namentlich während der Badesaison in schwunghafter Weise betrieben wurde, und zwar:

Nr. 108/42 cat. — ha 1 a 73 qm Wohnhaus
— „ — „ 25 „ Hof
in der Kirchgasse,
gewürdert auf 16,000 ℳ (Brandversicherungswerth: 17,415 ℳ).
Nr. 113/68 cat. — ha — a 76 qm Wohnhaus,
— „ — „ 66 „ Nebengebäude,
— „ — „ 41 „ Hof und Raum neben Nr. 108 am Mühlgraben,
gewürdert auf 4500 ℳ (Brandversicherungswerth: 6300 ℳ).
Nr. 107/43 cat. — ha — a 66 qm Wohnhaus,
— „ — „ 43 „ Nebengebäude,
— „ — „ 84 „ Hof
in der Kirchgasse,
gewürdert auf 5000 ℳ (Brandversicherungswerth: 6060 ℳ),

im Sprechzimmer des Keil'schen **Hotels zu Berka a/Ilm selbst Donnerstag, den 24. Mai 1883, von Vormittags 11 Uhr an** meistbietend versteigert werden.

Das Urtheil über Ertheilung des Zuschlags wird an demselben Tage nach Schluß des Versteigerungstermins verkündet werden.

Die näheren Nachweisungen über den zu versteigernden Grundbesitz und die Verkaufsbedingungen liegen an den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in unserer Gerichtsschreiberei zur Einsicht aus.

Dabei wird bemerkt, daß die Zahl der Kurgäste zu Berka a/Ilm seit einer Reihe von Jahren durchschnittlich etwa 1000 Personen jährlich betragen hat und daß dem Ersteher Gelegenheit geboten werden wird, je nach Umständen einer bemittelteren Gästeversammlung das complet vorhandene Hotelinventar in öffentlicher Auction oder eventuell durch freihändigen Kauf zu erwerben.

Blankenhain, den 24. März 1883.

Großherzoglich Sächsisches Amtsgericht, Abtheilung I.
Reinhard.

Rathskeller-Verpachtung.

Die hiesige Rathskellerwirthschaft, verbunden mit Fremden-Beherbergung, Ausspannung, großem Tanzsaal 2c., soll

Montag, den 2. Juli dss. Jrs.,
Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle allhier meistbietend, Auswahl unter den Licitanten vorbehalten, auf 6 Jahre, vom 1. October dss. Jrs. ab laufend, verpachtet werden.

Gegen Erlegung der Copialgebühren werden die Pachtbedingungen abschriftlich mitgetheilt.

Zwenkau, am 4. Mai 1883.

Der Stadtgemeinderath.
Ehnert, Bürgermeister.

Nichtamtlicher Theil.

Waddington in Berlin.

Der ehemalige französische Minister des Auswärtigen, Senator Waddington, der außerordentliche Botschafter Frankreichs zur Krönung Alexander's III., hat auf seiner Reise nach Moskau in Berlin einen mehrtägigen Aufenthalt genommen und ist zur kaiserlichen Tafel gezogen und bei diesem Anlaß vom Kaiser durch besondere Zuvorkommenheit ausgezeichnet worden. Das kann nicht überraschen, denn gleiche Aufmerksamkeit ist dem Grafen v. St. Vallier in Berlin zu Theil geworden, als er Frankreich am deutschen Kaiserhof als Botschafter vertrat und auch sein Nachfolger Courcel ist stets mit der seinem Rang und seiner Stellung gebührenden Achtung behandelt worden. Daß man dessen ungeachtet dem diesem an sich so selbstverständlichen Vorgang mit gesteigertem Interesse Kenntniß nimmt, hat darin seinen Grund, daß man eine gewisse Spannung zwischen Deutschland und Frankreich in Folge des deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses als vorhanden betrachtete; wir meinen nicht eine solche Spannung, aus welcher sich ein Conflict gestalten könnte, aber doch jenes Gefühl der Unbehaglichkeit, welches einzutreten pflegt, wenn sich ohne Zuziehung der betreffenden Macht, eine Annäherung zwischen zwei Mächten vollzogen hat, welche von ihr nicht gewünscht und wohl auch nicht einmal erwartet wurde. In diesem Fall befindet sich Frankreich dem Dreibundnisse gegenüber. Der Eintritt Italiens in das deutsch-österreichische Bündniß ist von Frankreich als eine diplomatische Niederlage empfunden worden und die öffentliche Meinung des Landes neigte der Auffassung zu, daß die römische Depesche von Reuter's Bureau das Richtige traf, wenn sie meldete, daß der neue Bund seine Spitze gegen Frankreich richte. Die französische Presse hat sich den Anschein gegeben, als könnte damit ein Angriff der drei Mächte gegen Frankreich gemeint sein und der Herzog v. Broglie hat bei seiner neulichen Anfrage im französischen Senat die gleiche Taktik befolgt, in Wahrheit aber liegt die Sache so, daß die Franzosen sich bewußt sind, Rachegedanken gegen Deutschland wegen der Niederlage im letzten Kriege zu hegen und daß sie ihre Zukunftspläne durch das neue Bündniß durchkreuzt sehen. Das hat eine unbequeme Lage geschaffen, in welche sich die französische Regierung wohl oder übel finden muß, sie sieht sich genöthigt, gute Miene zum bösen Spiel zu machen wie es in dem bekannten französischen Sprichwort heißt und darum war man einigermaßen begierig, zu erfahren, wie der Besuch Waddington's in Berlin ablaufen würde.

Waddington ist von der Zeit her, da er Frankreich beim Berliner Congreß des Jahres 1878 vertrat, bei der deutschen Reichsregierung in gutem Andenken, das persönliche Verhältniß zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck läßt nichts zu wünschen übrig und deshalb konnte man nichts Anderes erwarten, als was in der That geschehen ist, daß nämlich der französische Kronungsbotschafter beim Reichskanzler die liebenswürdigste Aufnahme finden würde. Und doch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Fürst Bismarck sehr leidend ist, daß seine Gichtschmerzen ihm gänzliche Enthaltung von Geschäften zur Pflicht machen, so ist es immerhin bemerkenswerth, daß er einen Gast empfangen hat, dessen Anwesenheit mannigfache Aufregungen verursachen muß, weil das Verhältniß des Siegers zum Besiegten und noch dazu unter den bestehenden besonderen Umständen kein normales ist und niemals der Geschraubtheit entbehrt. Der Besuch Waddington's in Berlin wäre überhaupt nicht möglich gewesen, wenn nicht der französische Minister des Auswärtigen Challemel Lacour durch seine geschickte Beantwortung der Anfrage des Herzogs von Broglie die Einleitung dazu geboten hätte, welche in Berlin als solche verstanden und gewürdigt worden ist. Challemel Lacour hatte die Klugheit, im französischen Senat zu sagen, daß durch den Eintritt Italiens in das deutsch-österreichische Bündniß keine Veränderung der Frage eingetreten sei, im Grunde genommen sei die Sachlage dieselbe wie zur Zeit des Besuchs Victor Emanuel's in Berlin. Der französische Minister hat Recht, die Sachlage ist dieselbe wie damals, aber kundgegebene Zuneigungen sind noch immer keine Verträge und wenn, wie anzunehmen ist, ein solcher zwischen Italien und den beiden andern mitteleuropäischen Großmächten abgeschlossen worden ist, so bildet dieser Vertrag ein Novum, das für unser Verhältniß zu Frankreich von großer Bedeutung ist. Die Anwesenheit Waddington's in Berlin enthält die Bestätigung der wichtigen Thatsache, daß Frankreich das Bündniß der drei Staaten anerkannt und sich den Consequenzen desselben zu fügen bereit ist. Schon das „Journal des Débats" schrieb vor einiger Zeit, daß Frankreich Niemanden anzugreifen beabsichtige und daß deshalb ein Defensivbündniß, welches einen solchen Angriff zur Voraussetzung habe, gegenstandlos sei. In dieser Form ausgesprochen trifft der Gedanke des „Journal des Débats" das Richtige; wir glauben in der That, daß Frankreich jetzt keinen Angriff gegen Deutschland beabsichtigt, aber es erscheint uns zweifelhaft, ob dieser Entschluß gleich unwandelbar feststände, wenn das Dreistaatenbündniß ihn nicht zur Reife gebracht hätte. Waddington wird vermuthlich im Namen der französischen Regierung in Berlin die friedlichsten Zusicherungen gemacht haben, das darf als unzweifelhafte Thatsache betrachtet werden, weil sie durch die Anwesenheit des französischen Staatsmannes in Berlin und die Aufnahme, welche er dort gefunden hat, bewiesen wird.

Waddington geht von Berlin nach Moskau und das giebt seinem Aufenthalt in Berlin noch eine besondere Bedeutung, denn Rußland ist bekanntlich die Macht, mit welcher Frankreich noch vor Kurzem ein Bündniß angestrebt hat. Die Verhältnisse haben sich seit dem Tode Gambetta's so sehr geändert, daß Rutkoff nach dem Erscheinen des Manifestes des Prinzen Napoleon in seinem Blatte schreiben konnte: „Rußland verbindet sich mit keinem Leichnam" und Waddington wird deshalb kaum darauf rechnen können, daß Rußland heute noch zu einem Bündniß mit Frankreich die Hand bieten würde. Was liegt unter solchen Umständen näher, als daß sich Frankreich möglichst gut mit seinem ehemaligen Gegner Deutschland zu stellen sucht und ein aufrichtiges, gutes Einvernehmen an die Stelle des bisherigen Mißtrauens zu setzen strebt? Wenn das in Wahrheit der Zweck des Aufenthalts Waddington's in Berlin wäre, so müßten wir das als die werthvollste Frucht des Dreistaatenbundes bezeichnen und Fürst Bismarck hätte damit seinem Lorbeerkranz das schönste und kräftigste Reis eingefügt. Wenn dem aber so ist, wie wir hoffen und glauben, dann darf Frankreich nicht bei bloßen Freundschafts- und Friedensversicherungen stehen bleiben, es muß einen Schritt weiter gehen und der Abrüstungsfrage näher treten. Es ist nicht zu verlangen, daß Frankreich sofort mit einer Armeereduction vorgeht, aber es kann wenigstens seine Bereitwilligkeit zu erkennen geben, sich mit den übrigen Großmächten darüber ins Einvernehmen zu setzen. Wenn Frankreich wirklich aufrichtig den Frieden will, dann muß es auch zur Entwaffnung schreiten, ohne diese bleiben alle seine Versicherungen werthlos.

Leipzig, 17. Mai 1883.

* Die Zusammenstellung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung mit den in zweiter Berathung vom Reichstag gefaßten Beschlüssen, ist soeben erschienen und den Abgeordneten als Ferienlecture nachgesandt worden. Bekanntlich ist eine ganze Reihe dieser Beschlüsse mit einer ganz winzigen Mehrheit gefaßt worden und kann sehr leicht in dritter Lesung wieder umgestoßen werden, eine dringende Mahnung zum rechtzeitigen und vollzähligen Eintreffen der Reichstagsmitglieder. Wieviel in den zehn Jahren des Bestehens der Gewerbeordnung an diesem Gesetz geändert worden, das erhellt recht deutlich aus dem Art. 14 der vorliegenden Novelle, worin der Reichskanzler zu einer neuen Redaction und Herausgabe des Textes der Gewerbeordnung ermächtigt wird. Es heißt da: Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text der Gewerbeordnung, wie er sich aus den Aenderungen ergiebt, welche in diesem Gesetze und den Gesetzen vom 12. Juni 1872, 2. März 1874, 8. April 1876, 17. Juli 1878, 23. Juli 1879, 15. Juli 1880 und vom 18. Juli 1881, sowie durch die am 26. Juli 1881 und 21. April 1883 bekannt gemachten, vom Reichstage genehmigten Beschlüsse des Bundesraths festgestellt sind, durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen.

* Am Donnerstag steht die Nachwahl zum Reichstag in Dortmund bevor. Es stehen sich bekanntlich der nationalliberale Stadtrath Kleine und der fortschrittliche Rechtsanwalt Lenzmann, der bisherige Inhaber des Mandats, gegenüber. Der erstere wird von den Conservativen, der letztere von den Ultramontanen unterstützt. Der übermächtigen fortschrittlich-klerikalen Verbindung gegenüber sind die Aussichten des nationalliberalen Candidaten nicht gerade sehr günstig. Wie man in conservativen Kreisen über das fortschrittlich-ultramontane Wahlbündniß denkt, mag aus einer Betrachtung des „Reichsboten" ersehen werden, worin es heißt: „Dasselbe Centrum, welches für die positive Wirthschaftsreform und gegen die manchesterlichen Theorien eintreten zu wollen erklärt, verstärkt in demselben Augenblicke, wo seine Presse die Regierung auffordert, mit wenigen klaren und populären Zielen in die Wahlen einzutreten und so eine feste schutzzöllnerische Mehrheit, für die im Volke die Bedingungen vorhanden seien, zu schaffen, die Reihen der Gegner dieser positiven Wirthschafts- und Schutzzoll-Politik, die Reihen der Manchestermänner und der zielbewußtesten Vertreter einer von ihm als ungesund und verderblich erkannten wirthschaftlichen Richtung."

* Zum Thema der Frictionen wird jetzt von officiöser Seite das Wort ergriffen. Die „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben:

Einige Blätter machen seit mehreren Tagen die durch die Blätter gehenden Mittheilungen über angebliche Frictionen zwischen dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Herrn von Puttkamer und dem Vertreter des Reichskanzlers Finanzminister Herrn Scholz. Wir glauben auf Grund zuverlässiger Information erklären zu können, daß „Frictionen" zwischen beiden genannten Ministern weder bestanden haben noch zur Zeit bestehen, und daß die weiteren Combinationen, welche an die angeblichen Meinungsverschiedenheiten geknüpft werden, ebenfalls haltlos sind. Wenn man zur Unterstützung der Gerüchte vorzugsweise der Umstand heranzuziehen wird, daß bei Besprechung der Etatsdebatte im Reichstage in der unter der Oberleitung des Herrn v. Puttkamer stehenden Presse der energischen und pikanten Zurückweisung nicht gedacht ist, welche den linksliberalen Angriffen durch den Finanzminister zu Theil wurde, so wird dadurch nur wieder ein neuer Beweis von der überaus geringen Kenntniß geliefert, welche im Allgemeinen bezüglich der Verhältnisse und Anschauungen in den leitenden Kreisen herrscht. Bestünden, was nicht der Fall ist, schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen denjenigen Ministern, deren Ressorts vorzugsweise mit der allgemeinen Politik in Berührung stehen, so würde es sicher nach den in dem preußischen Staatsministerium herrschenden Traditionen völlig ausgeschlossen sein, daß Vorhandensein derselben durch die öffentliche Presse angedeutet. Auch wird aus den allgemeinen Directiven, welche der Minister des Innern der letzteren ressortmäßig ertheilt, eine Verantwortlichkeit für jede Aeußerung oder Nichtäußerung derselben im Einzelnen in dem Sinne sich nicht construiren lassen, wie sie nach der liberalen Version angenommen werden müßte. Handelt es sich bei den Artikeln eines speciell genannten Correspondenzorgans nicht einfach um eine redactionelle Ungeschicklichkeit, was wir anzunehmen geneigt sind, sondern wären sie in der That der Ausdruck einer Verstimmung, so würde dieselbe jedenfalls nur in den unteren Kreisen, d. h. lediglich in den Regionen des Autors jener Artikel zu suchen sein, jedenfalls nicht bis in die des Verwaltungschefs selbst hinaufreichen. Die Wahrnehmung, auf wie völlig unfeiner Grundlage Gerüchte so schwerwiegender Natur aufgebaut werden, sollte die äußerste Vorsicht gegenüber den von Zeit zu Zeit auftauchenden Sensationsnachrichten der in Rede stehenden Art dictiren.

* Aus Berlin schreibt die „Nationalzeitung" vom Dienstag: „Ueber den Aufenthalt des Herrn Waddington in Berlin theilt man uns das Folgende mit: Herr Waddington hatte Sonntag Vormittag eine Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser, am Nachmittag besuchte er den Fürsten Bismarck, mit dem er eine längere Unterhaltung pflog. Die Aufnahme, welche Herr Waddington beim Reichskanzler fand, war, wie verlautet, von der gewinnendsten Freundlichkeit. Herr Waddington hatte die Freude, den Fürsten Bismarck ohne neuralgische Schmerzen anzutreffen. Gestern hatte Herr Waddington bei dem Kronprinzen Audienz und wurde von dem Kaiser zur Tafel gezogen. Herr Waddington hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, die Kaiserin nicht angetroffen zu haben, die ihm stets ihre besondere Huld geschenkt hat. Dagegen ward ihm die Freude zu Theil, die Großherzogin von Baden gestern im Palais beim Diner zu treffen. So weit die Aeußerlichkeiten des hiesigen Aufenthaltes des französischen Kronungsbotschafters. Es darf als positiv angenommen werden, daß Herr Waddington mit einer allgemeinen politischen Mission hierher betraut war, es handelte sich darum, etwaige internationale Frictionen der letzten Zeit durch rückhaltlose Aussprache zu entfernen. Daß Herr Waddington hierzu die richtige Persönlichkeit ist, hat sich durch seine Thätigkeit während des Berliner Congresses im Jahre 1879 ergeben. Der französische Staatsmann hat heute Berlin verlassen, anscheinend durch das Ergebniß seiner hiesigen Besprechungen in hohem Grade befriedigt."

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Daß die Verhandlungen mit der Curie wieder einmal gescheitert sind, ist eine Thatsache, die in den ultramontanen Blättern mit Nachdruck hervorgehoben und in allen Tonarten variirt wird. Man wird wohl auch zweifeln dürfen, ob sobald diese unersprießlichen Verhandlungen wieder angeknüpft werden. Es kann nicht ausbleiben, daß das erneute Scheitern der Verständigungsversuche mit der Curie auch auf unsere inneren parlamentarisch-politischen Verhältnisse bedeutsam zurückwirken wird. Besonders Scharfblickende wollen eine Wendung in dieser Hinsicht schon vor Pfingsten bemerkt haben. Man meint, wenn Herr Windthorst ernstlich gewollt, wenn er seine Schaaren im Reichstag zahlreicher beisammen gehabt und die Hospitanten des Centrums kräftiger bearbeitet hätte, so wäre auch die Holzzollvorlage durchzubringen gewesen. Auch der Hertling'sche Antrag, der das Unfallversicherungsgesetz einstweilen von der Tagesordnung absetzen will, kann unmöglich als eine Förderung der socialpolitischen Pläne des Reichskanzlers seitens des Centrums betrachtet werden. Sodann wird sich eine Schwenkung des Centrums wohl in der Behandlung der Militairfragen bemerklich machen, die nach Wiederbeginn der Sitzungen aufs Neue in den Vordergrund treten werden, vielleicht auch in der Behandlung des Etats. Im preußischen Abgeordnetenhause hat das Centrum freilich mit der Vereinbarung der Verwaltungsgesetze seine Dienste bereits geleistet; indessen giebt das Herrenhaus vielleicht durch etliche Abänderungen Anlaß, auch diese Leistung wieder rückgängig zu machen. Und dann blieben als einziger Erfolg der klerikal-conservativen „Mehrheit" einige Einschränkungen der Gewerbefreiheit, die schwerlich für irgend Jemanden großen Werth haben werden."

* Wie die „Nat. Ztg." meldet, sollte der Vertrag mit Madagascar an diesem Dienstag um 5 Uhr in Berlin unterzeichnet werden. Der Vertrag ist kurz, sein Hauptinhalt besteht in der Meistbegünstigungs-Clausel. Wenn der Vertrag also nicht so weit geht, wie derjenige, den Madagascar mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen, so ist doch die Thatsache wichtig, daß Deutschland überhaupt einen Vertrag mit Madagascar abgeschlossen hat. Die Gesandten verlassen Berlin Mittwoch Mittag. In England steht noch eine kurze Verhandlung bevor, Ende Mai reisen sie in die Heimath zurück. Wie es heißt äußern sich die Gesandten sehr befriedigt von ihrem Berliner Aufenthalt.

* Wie im „R.-Anz." amtlich gemeldet wird, ist der Geheime Sanitätsrath Dr. Franz Albert Moritz Scholz zu Schweidnitz, sowie die Wittwe seines verstorbenen Sohnes, des Hauptmanns Scholz, Martha Scholz, geb. v. Henning, in den erblichen Adelstand erhoben worden. Geheimer Sanitätsrath Scholz, welcher vor wenigen Tagen sein sechzigjähriges Doctorjubiläum gefeiert hat, ist der Vater des Finanzministers Scholz, und ist somit auch dieser in den erblichen Adelstand erhoben worden.

* Die „Frankfurter Zeitung" hatte die Nachricht der „N. Pr. Ztg.", daß die Fortschrittspartei dem Präsidenten des Reichstages gegenüber die Rede Möller's am Grabe Schulze-Delitzsch's desavouirt habe, als absolut erfunden bezeichnet. Dem gegenüber bemerkt die „N. Pr. Ztg.", daß drei Mitglieder der Fortschrittspartei, jedes einzeln, am Tage nach dem Begräbniß unter dem ausdrücklichen Anerkenntniß, daß sowohl ihrerseits, als seitens der Fortschrittspartei die Rede des Dr. Möller mißbilligt werde und sie sofort sehr peinlich berührt habe, den Präsidenten des Reichstages um Entschuldigung gebeten wegen der unangenehmen Situation, in welche jene Rede den Präsidenten und die am Grabe anwesenden politischen Gegner der Fortschrittspartei versetzt habe, und dabei ihr Bedauern ausgesprochen, daß deren kundgegebener guter Wille auf diese Weise schlecht gelohnt sei.

* Im preußischen Herrenhaus bezw. dessen Commission wird demnächst die Berathung der Verwaltungsgesetze beginnen und man glaubt mancherlei Abänderungen an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegensehen zu müssen. Da ist eine Mahnung der „Germania" von Interesse, welche in einer Besprechung der neuen Verwaltungsgesetze bemerkt: „Das Herrenhaus hat nunmehr mit der Sache sich zu beschäftigen und von seiner Haltung, oder richtiger gesagt: von der Haltung, welche die Staatsregierung bei den Berathungen des Herrenhauses einnimmt, wird es hauptsächlich abhängen, ob die neuen Gesetze zu Stande kommen oder nicht. Wesentliche Abänderungen der Grundlage, welche in den Berathungen des Abgeordnetenhauses festgestellt ist, haben keine Aussicht, demnächst im Abgeordnetenhause Annahme zu finden. Sollten auch die conservativen Parteien darauf einzugehen geneigt sein, das Centrum würde aller Wahrscheinlichkeit nach dieselben nicht billigen und jeder Zeit in der Lage sein, mit der linken Seite des Hauses die Gesetze zu Falle zu bringen, wie dasselbe bisher die Gesetze mit der rechten Seite zu Stande gebracht hat."

* Wie schon telegraphisch berichtet worden, ist am Dienstag in Celle der ehemalige hannoversche Ministerpräsident Graf Borries im 82. Lebensjahre gestorben. In ihm ist, fast verschollen, ein Mann aus dem Leben gegangen, der zu den rücksichtslosesten unter den partikularistischen Staatsmännern der deutschen Einzelstaaten in den fünfziger und ersten sechziger Jahren gehört hatte. Herr v. Borries ward, auf der Stufenleiter der hannoverschen Bureaukratie emporgekommen, im Jahre 1851 zum ersten Mal hannoverscher Minister des Innern in dem damaligen gemäßigten Ministerium Schele, aus welchem er bald wieder zurücktrat. Im Jahre 1855 aber, als König Georg ein durchaus reactionaires Cabinet zu dem Zwecke bildete, die Verfassung von 1848 mit Hülfe des Bundestages umzustürzen, hauptsächlich um auf diesem Wege sich in den Besitz eines großen